

Fall 2 (*)

Ein teures Schnäppchen

Vor- und Nachtatverhalten – Bemessung der Geldstrafe nach dem Tagessatzsystem – Nachträgliche Gesamtstrafenbildung – Zahlungserleichterungen – Ersatzfreiheitsstrafe

Sachverhalt

Die am 9. Dezember 2008 vor dem Amtsgericht K durchgeführte Beweisaufnahme hat Folgendes ergeben:

Ende August 2008 verübte die gesondert verfolgte P gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten zwei Wohnungseinbruchdiebstähle in K. Im Rahmen der ersten Tat entwendete P unter anderem eine Damenhandtasche der Marke „Louis Vuitton“, welche einen Marktpreis von ca. 450 € hat. Beute der zweiten Tat war unter anderem eine Damengeldbörse der Marke „Dolce & Gabbana“ mit einem Marktpreis von ca. 150 €. Am 2. September 2008 erwarb die 44 Jahre alte Angeklagte A aus K von ihrer langjährigen Bekannten P die Damenhandtasche der Marke Louis Vuitton zu einem Preis von 100 €. Etwa zwei Wochen später – am 15. September 2008 – erwarb sie außerdem die Damengeldbörse der Marke Dolce & Gabbana zu einem Preis von 50 €. A wusste um den deutlich höheren Marktpreis von Handtasche und Geldbörse. Auch war ihr bekannt, dass P bereits mehrfach wegen Diebstahls vorbestraft war und sich stets in finanziellen Nöten befand. Obgleich sie aufgrund dieser Umstände und verschiedener Andeutungen der P und ihres Lebensgefährten eine illegale Herkunft der Gegenstände zumindest vermutete, zögerte A nicht lange, als P ihr die Handtasche zum Kauf anbot. Den Vorschlag, auch die Geldbörse zu kaufen, machte die Angeklagte am 15. September 2008 von sich aus.

Im Rahmen der Hauptverhandlung ließ A sich lediglich dahingehend ein, nicht explizit nach der Herkunft der Gegenstände gefragt und von den Einbrüchen somit nichts gewusst zu haben. Ihr sei es darauf angekommen, die von ihr schon lange begehrten Marken-Accessoires günstig zu erwerben, da sie sich diese auf anderem Wege bislang nicht habe leisten können. Die Angeklagte ist unverheiratet und hat eine 19 Jahre alte Tochter, die als ausgebildete Friseurin in einem Friseursalon arbeitet. Aufgrund ihrer eigenen Tätigkeit in einem Schreibwarengeschäft in K stehen A im Monat ca. 1.000 € netto zur Verfügung. Sie ist außerdem seit nun-

mehr zwei Jahren trockene Alkoholikerin. Zur Zeit ihrer akuten Abhängigkeit trat A mehrfach strafrechtlich in Erscheinung. In den Jahren 2004 bis 2006 erfolgten zwei Verurteilungen wegen Trunkenheit im Verkehr und eine weitere wegen Diebstahls geringwertiger Sachen. Die Angeklagte wurde jeweils zu geringen Geldstrafen verurteilt. Am 26. November 2008 erfolgte jedoch eine erneute Verurteilung wegen Trunkenheit im Verkehr. Der Akte zu diesem Verfahren – sie liegt dem nunmehr zuständigen Amtsrichter vor – ist Folgendes zu entnehmen:

Das Amtsgericht K verhängte wegen einer Trunkenheitsfahrt am 10. August 2008 eine Geldstrafe von 50 Tagessätzen zu je 30 €. Außerdem ordnete es gemäß §§ 69, 69a StGB die Entziehung der Fahrerlaubnis sowie die Einziehung des Führerscheins an und verhängte eine Sperrfrist für die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis von 6 Monaten. Da sie bereit war, die Konsequenzen ihres einmaligen Rückfalls zu tragen, erklärte die Angeklagte bezüglich dieses Urteils den Verzicht auf Rechtsmittel. Dem schloss sich die Staatsanwaltschaft an. Eine Zahlung der Geldstrafe ist bislang noch nicht erfolgt.

Aufgabe

Der zuständige Amtsrichter R bittet Sie, ein umfassendes Gutachten zu dem in diesem Fall möglichen Urteil anzufertigen. Gehen Sie zunächst kurz auf die Strafbarkeit der Angeklagten ein und nehmen Sie sodann ausführlich Stellung zu dem zu verhängenden Strafmaß. Gehen Sie dabei auch auf die Frage ein, welche Konsequenzen drohen, wenn A zur Zahlung einer ausgerichteten Geldstrafe nicht in der Lage ist. Schließen Sie Ihr Gutachten mit einem konkreten Tenorierungsvorschlag.

Lösung

Die Spielraumtheorie kann nicht nur zur Bestimmung des Strafmaßes bei der Freiheitsstrafe (→ Fall 1), sondern auch zur Bemessung der Geldstrafe herangezogen werden. Theoretisch muss dabei in der Weise vorgegangen werden, dass zunächst der Strafraum festgelegt und die Tat dann nach den Grundsätzen des § 46 StGB in den Strafraum genauer eingeordnet wird, ehe die Feststellung getroffen werden kann, dass als Straftat nur eine Geldstrafe in Betracht kommt. Erst wenn diese Feststellung getroffen ist, kann die weitere Frage erörtert werden, nach welchen Grundsätzen die Geldstrafe konkret zu bemessen ist. Diese aus der Spielraumtheorie abgeleitete induktive Vorgehensweise wird aus didaktischen Gründen auch der nachfolgenden Lösung zugrunde gelegt. Dies darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass in der Praxis im vorliegenden Fall sehr viel zielorientierter vorgegangen würde: Angesichts des sich aufdrängenden geringen Schuldgehalts der beiden von A begangenen Taten würden die Erörterungen in der Praxis ohne Umschweife sofort an die Geldstrafe als die intuitiv richtige Straftat anknüpfen und die notwendigen Erwägungen zur Schuldschwere erst im Rahmen der Geldstrafenbemessung anstellen. In der Sache steht in dem nicht allzu schweren Fall die Geldstrafe im Mittelpunkt. Es wird verdeutlicht, wie bei der Bemessung der Geldstrafe nach dem Tagessatzsystem vorzugehen ist, wobei auch auf die Frage eingegangen wird, wie einer drohenden finanziellen Überforderung der A entgegengewirkt werden kann und welche Konsequenzen ihr bei Uneinbringlichkeit drohen. Das zweite Sachproblem betrifft die Frage, wie mit dem amtsgerichtlichen Urteil vom 26. November 2008 umzugehen ist. Ein Bearbeiter muss wissen, dass dieses Urteil in das nunmehr zu erlassende Urteil nach den Grundsätzen über die nachträgliche Gesamtstrafenbildung (§ 55 StGB) einzubeziehen ist.

Lehrbuch: Teil 3, Abschnitt 4 (S. 55-75), Teil 4, Abschnitt 3.3.2 (S. 161-163)

I. Strafbarkeit der A

1. Ankauf der Handtasche

Indem A am 2. September 2008 die von der gesondert verfolgten P zuvor gestohlene Handtasche der Marke „Louis Vuitton“ zu einem Preis von 100 € erwarb, hat sie sich wegen Hehlerei gemäß § 259 Abs. 1 StGB strafbar gemacht. P erlangte die Handtasche durch einen Diebstahl, so dass es sich hierbei um ein taugliches Tatobjekt der Sachhehlerei handelt. Der von A vorgenommene Ankauf der Handtasche zu einem Preis von 100 € stellt ein Sichverschaffen dieses Gegenstands i.S. des § 259 Abs. 1 StGB dar. Das Ankaufen bildet einen Unterfall der Tathandlung und ist nur exemplarisch hervorgehoben. Unter dem Sichverschaffen selbst ist die Herstellung tatsächlicher eigener Herrschaftsgewalt über die Sache im Einver-

ständnis mit dem Vortäter zu verstehen. Dabei erhält der Hehler die durch den Vortäter geschaffene rechtswidrige Besitzlage aufrecht.¹

Einer Strafbarkeit steht nicht entgegen, dass A von der Herkunft der Tasche aus einem der Einbruchsdiebstähle nichts gewusst haben will. Zwar muss der Vorsatz des § 259 Abs. 1 StGB den Umstand erfassen, dass die Sache durch eine rechtswidrige Tat erlangt ist; die Einzelheiten der Tat braucht der Täter jedoch nicht zu kennen. Es genügt, dass der Täter mit der Möglichkeit einer Vortat rechnet, dies billigt oder sich um des erstrebten Zieles willen damit abfindet.² So liegt der Fall auch hier: A kam der Umstand merkwürdig vor, dass die ständig unter Geldmangel leidende P über eine derart teure Handtasche verfügte. Andeutungen zur illegalen Herkunft der Handtasche ignorierte sie ebenso wie weitere Ungereimtheiten, denn es kam ihr ausschließlich darauf an, die für sie unter anderen Umständen unerschwingliche Marken-Handtasche zu einem deutlich geringeren Preis als dem Marktpreis zu erwerben. Obwohl A folglich eine Vermutung zur Herkunft der Handtasche aus illegalen Machenschaften der P hatte, ergriff sie die sich ihr bietende Gelegenheit ohne weiteres. Damit liegt hinsichtlich der Tathandlung des Sichverschaffens jedenfalls bedingter Vorsatz vor.

Darüber hinaus handelte A in der Absicht, sich durch das Erlangen eines Vermögensvorteils zu bereichern. Ob der Vorteil tatsächlich erlangt wird, ist für den Tatbestand ohne Bedeutung. Da der bloße Besitz nach der Rechtsprechung keinen Vermögensvorteil darstellt, erfüllt zwar der Ankauf einer Ware zum Marktpreis die Voraussetzungen der Bereicherungsabsicht nicht.³ Hier kaufte A die Handtasche allerdings zu einem Preis, der deutlich unter dem ihr bekannten Marktpreis lag; nur aufgrund dieses niedrigeren Preises konnte sich A die Tasche überhaupt leisten. Der erstrebte Vermögensvorteil ist demnach darin zu sehen, dass A nicht den vollen Preis der teuren Marken-Handtasche bezahlen musste. Anhaltspunkte dafür, dass A sich die Ware zum gleichen Preis auch auf legalem Wege hätte beschaffen können (etwa über das Internetauktionshaus „eBay“ oder auf Flohmärkten), liegen nicht vor. Nur dann wäre aber ein Vorteil zu verneinen. Da A außerdem rechtswidrig und schuldhaft handelte, hat sie sich der Hehlerei gemäß § 259 Abs. 1 StGB schuldig gemacht.

2. Ankauf der Geldbörse

Auch indem die Angeklagte am 15. September 2008 von P die Damengeldbörse der Marke „Dolce & Gabbana“ zu einem Preis von nur 50 € erwarb, hat sie sich wegen Hehlerei gemäß § 259 Abs. 1 StGB strafbar gemacht. Hier gelten die Ausführungen zur Strafbarkeit bezüglich der ersten Tat entsprechend.

¹ HK-GS/Pflichter, § 259 Rn. 16; Lackner/Kühl, § 259 Rn. 10; S/S-Stree, § 259 Rn. 19; Fischer, § 259 Rn. 12-14.

² BGH NSTZ 1992, 84; NSTZ-RR 2000, 106.

³ OLG Hamm NSTZ-RR 2003, 237 (238).

3. Ergebnis

Der Erwerb von mehreren aus einer oder mehreren Vortaten stammenden Sachen in einem Akt stellt grundsätzlich nur eine Hehlerei dar.⁴ Hier erfolgte der Ankauf von Handtasche und Geldbörse, die aus zwei verschiedenen Vortaten im August 2008 stammten, allerdings in zwei verschiedenen Akten, d.h. an zwei verschiedenen Tagen, die durch eine zeitliche Zäsur (zwei Wochen) voneinander getrennt waren. Demnach bilden die beiden Ankäufe keine natürliche Handlungseinheit, so dass die beiden Taten zueinander in Tatmehrheit i.S. des § 53 StGB stehen. A hat sich somit der Hehlerei in zwei Fällen gemäß § 259 Abs. 1, § 53 StGB schuldig gemacht hat.

II. Gutachten zum Strafmaß

1. Strafmaß für die erste Tat

a) *Strafrahmen*

Der Strafrahmen der Hehlerei beträgt gemäß § 259 Abs. 1 StGB Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe. Aus dem Zusammenspiel mit § 38 Abs. 2, § 40 Abs. 1 Satz 2 StGB ergibt sich, dass der Strafrahmen konkret von einem Monat bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe oder Geldstrafe von 5 bis zu 360 Tagessätzen reicht. Dieser Regelstrafrahmen ist vorliegend zugrunde zu legen. Denn obgleich es sich bei A um eine trockene und vor kurzem rückfällig gewordene⁵ Alkoholikerin handelt, kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass sie auch zur Zeit der hier in Rede stehenden Tat Alkohol konsumiert hatte. Anhaltspunkte für eine alkoholbedingt verminderte Schuldfähigkeit und damit für eine (fakultative) Strafrahmenverschiebung nach §§ 21, 49 Abs. 1 StGB liegen nicht vor.

b) *Schuldrahmen, § 46 StGB*

Unter Berücksichtigung der in der Praxis maßgeblichen Spielraumtheorie ist innerhalb des ermittelten Strafrahmens der Schuldrahmen zu bestimmen, vgl. § 46 Abs. 1 StGB. Dieser braucht nicht ausdrücklich benannt zu werden und wird nach unten durch die schon und nach oben durch die noch schuldangemessene Strafe beschränkt (→ oben Fall 1, II. 1. b.). § 46 Abs. 2 StGB nennt in diesem Zusammenhang die wichtigsten für die Bestimmung des Schuldrahmens heranzuziehenden Umstände. Bei ihrer Berücksichtigung ist das in § 46 Abs. 3 StGB verankerte Doppelverwertungsverbot zu beachten.

⁴ BGH NStZ-RR 2005, 236.

⁵ Dies ergibt sich daraus, dass die Verurteilung am 10. August 2008 wegen Trunkenheit im Straßenverkehr erfolgte.

Obwohl es sich aus § 46 Abs. 2 StGB nicht deutlich ergibt, kommt bei der Bestimmung des Schuldrahmens in der Regel das stärkste Gewicht der **Art und Schwere der Rechtsgutsverletzung** zu, die in den einzelnen Tatbeständen des Besonderen Teils näher umschrieben ist.⁶ Anzuknüpfen ist bei der Einordnung der Tat in den Strafraumen daher zunächst daran, dass das durch § 259 StGB geschützte Rechtsgut nach ganz h.M. das Vermögen ist. Nach der sog. Perpetuierungstheorie besteht das Wesen des Delikts in der Aufrechterhaltung der durch die Vortat geschaffenen rechtswidrigen Vermögenslage durch einverständliches Zusammenwirken mit dem Vortäter.⁷ Abgestellt werden kann bei der Strafzumessung mithin zunächst auf den Wert der gehehlten Sache, der im vorliegenden Fall mit ca. 450 € deutlich über dem Bereich der Geringwertigkeit liegt, jedoch nicht ungewöhnlich hoch ist.

Nach § 46 Abs. 2 StGB sind ferner die **Beweggründe und Ziele** des Täters für die Tat sowie der zu ihrer Begehung aufgewendete **Wille** maßgebliche Kriterien für die Strafzumessungsentscheidung. – A handelte aus eigennützigen Motiven, brachte aber nur einen geringen Willen zur Tatbestandsverwirklichung – eine geringe „kriminelle Energie“⁸ – auf. Sie ergriff schlicht eine sich ihr bietende Gelegenheit, ohne sich um die näheren Umstände zu kümmern. Auch suchte sie nicht von sich aus nach einer Möglichkeit, auf illegalem Wege an den begehrten Designer-Gegenstand zu gelangen.

Weiterhin zu berücksichtigen sind nach § 46 Abs. 2 StGB das Vor- und Nachverhalten des Täters. Als strafzumessungserheblicher Umstand ist insbesondere das **Vorleben** des Täters zu beachten. Damit sind neben der unmittelbaren „Vorgeschichte der Tat“ auch Umstände zu berücksichtigen, die nicht unmittelbar mit der Tatausführung zusammenhängen. Wesentliche Gesichtspunkte sind straffreies Vorleben einerseits und Vorverurteilungen sowie Vorstrafen andererseits. Negative Umstände der allgemeinen Lebensführung ohne strafrechtliche Relevanz – wie im vorliegenden Fall die Alkoholabhängigkeit der A – dürfen nicht zur Bestimmung der Tatschuld verwertet werden.⁹ Das Augenmerk ist demnach auf die **Vorverurteilungen** der A zu richten. Strafrechtlich relevantes Vorverhalten eines Angeklagten spielt in der täglichen Praxis bei der Strafzumessung eine große Rolle. Es bedarf hier jedoch einer sorgfältigen Prüfung, welche Umstände aus welchen Gründen strafzumessungsrelevant sind. Denn nur dann, wenn sich feststellen lässt, dass sich der Täter frühere Verurteilungen nicht zur Warnung dienen lassen hat, dass er „nichts gelernt“ und sich über die ihm in den früheren Urteilen konkret vor Augen geführten Verbote hinweggesetzt hat, ist es gerechtfertigt, in der hierin liegenden Missachtung der früheren Urteile einen Strafschärfungsgrund

⁶ Meier, Strafrechtliche Sanktionen, 171.

⁷ BGHSt (GS) 7, 134 (137); HK-GS/Pflichter, § 259 Rn. 1; Lackner/Kühl, § 259 Rn. 1; S/S-Stree, § 259 Rn. 1; a.A. etwa MüKo-Lauer, § 259 Rn. 3, wonach die Hehlerei auch allgemeine Sicherheitsinteressen verletzt (Gefährlichkeitstheorie).

⁸ Kritisch zu dem Begriff Schäfer/Sander/van Gemmeren, Praxis der Strafzumessung, Rn. 339.

⁹ Zusammenfassend LK-Theune, § 46 Rn. 165 ff.; S/S-Stree, § 46 Rn. 30 ff.; Schäfer/Sander/van Gemmeren, Praxis der Strafzumessung, Rn. 358 ff.; Meier, Strafrechtliche Sanktionen, 179 ff.

zu sehen.¹⁰ In der Praxis läuft dies darauf hinaus, dass in der Regel nur einschlägige und noch nicht tilgungsreife Vorstrafen straferschwerend herangezogen werden. Gegen eine straferschwerende Wirkung der früheren Verurteilungen der A sprechen verschiedene Aspekte. Zum einen sind drei der Vorverurteilungen nicht einschlägiger Natur, da sie Straßenverkehrsdelikte und nicht ein Vermögensdelikt betreffen. Zum anderen liegen nahezu sämtliche Vorverurteilungen zwischen zwei und vier Jahren zurück.¹¹ Die daraus ersichtliche grundsätzliche Stabilisierung der Angeklagten ist trotz der letzten und gerade nicht einschlägigen Verurteilung vom 26. November 2008, die im Übrigen zeitlich auch erst *nach* den Taten vom 2. und 15. September 2008 erfolgt ist, zu beachten.¹² Von den insgesamt vier Vorverurteilungen vermag nur die Verurteilung wegen Diebstahls geringwertiger Sachen eine gewisse, aufgrund des Zeitablaufs aber nur geringe straferschwerende Wirkung zu entfalten.

Hinsichtlich der Berücksichtigung des Nachtat- oder Prozessverhaltens gilt Folgendes: Dem Unwert der Tat kann ein **Geständnis** grundsätzlich als positiver Handlungs- und Erfolgswert entgegengestellt werden. Indem sich der Täter zu seiner Tat bekennt, zeigt er, dass er sich mit seiner Tat auseinandergesetzt hat und zu seiner Schuld stehen will. Überdies erleichtert er mit einem Geständnis die Sachaufklärung des Gerichts und fördert die Verfahrensbeschleunigung.¹³ Zulässiges Prozessverhalten hingegen, etwa **hartnäckiges Leugnen** der Tatbegehung oder **Schweigen**, darf nicht zu Lasten des Angeklagten gewertet werden. Denn der Angeklagte ist nicht zur Wahrheit oder zur Mitwirkung verpflichtet.¹⁴ Ein Geständnis hat A im vorliegenden Fall nicht abgelegt. Sie hat zwar den Ankauf der Handtasche eingeräumt, aber bestritten, die Herkunft der Tasche gekannt zu haben. Strafmildernd kann ihre Einlassung deshalb nicht berücksichtigt werden. Aber auch eine strafschärfende Berücksichtigung scheidet aus. Selbst wenn nämlich davon auszugehen ist, dass es sich beim Bestreiten, sie habe die Herkunft der Tasche gekannt, um eine bloße Schutzbehauptung gehandelt hat, ist dies als zulässige Form der Verteidigung zu qualifizieren, die nicht zu ihren Lasten gewertet werden darf.

Fazit: Die erste Hehlerei stellt sich als ein Fall dar, der am unteren Rand des zur Verfügung stehenden Strafrahmens anzusiedeln ist. Hierfür sprechend der Wert der gehehlten Handtasche und der Charakter der Tat als „Gelegenheitsdelikt“. Die frühere Verurteilung wegen Diebstahls geringwertiger Sache führt zu einer leichten Erhöhung des Strafmaßes. Die ausweichende Einlassung darf demgegenüber nicht strafschärfend berücksichtigt werden.

¹⁰ Vgl. BGHSt 24, 198 (199).

¹¹ Tilgungsreife ist allerdings noch nicht eingetreten, vgl. § 46 BRZG.

¹² Vgl. zur Einbeziehung der Verurteilung vom 26.11.2008 → unten 3.

¹³ BGHSt 42, 191 (195); 43, 195 (209 f.); LK-*Theune*, § 46 Rn. 206; *Schäfer/Sander/van Gemmeren*, Praxis der Strafzumessung, Rn. 383 ff.; kritisch S/S-*Stree*, § 46 Rn. 41a.

¹⁴ *Schäfer/Sander/van Gemmeren*, Praxis der Strafzumessung, Rn. 379.

c) Zwischenergebnis

Da es sich bei der Tat vom 2. September 2008 um einen leichten Fall von Hehlerei handelt, kommt erkennbar nur eine im unteren Bereich des Strafrahmens anzusetzende Sanktion in Betracht. Aufgrund der vorstehend genannten Gesichtspunkte ist die Verhängung einer – auch nur kurzen – Freiheitsstrafe ausgeschlossen; eine Freiheitsstrafe wäre nicht zur Einwirkung auf A oder zur Verteidigung der Rechtsordnung „unerlässlich“, vgl. § 47 Abs. 1 StGB (ausführlich hierzu → unten Fall 4). Demnach ist auf eine Geldstrafe zu erkennen, deren konkrete Höhe nunmehr zu bestimmen ist.

d) Bemessung der Geldstrafe

Die Bemessung einer Geldstrafe richtet sich nach dem sog. Tagessatzsystem.¹⁵ Die Strafzumessung erfolgt danach in zwei Schritten: Zunächst muss nach den allgemeinen Strafzumessungsgrundsätzen des § 46 StGB die Anzahl der Tagessätze festgelegt werden, dann muss nach den Grundsätzen des § 40 Abs. 2 und 3 StGB eine Entscheidung über die Höhe der Tagessätze getroffen werden. Das Produkt aus Tagessatzanzahl und -höhe gibt den Betrag an, der vom Täter als Strafe an die Staatskasse zu zahlen ist. Im Urteil müssen jedoch – um die Transparenz der Entscheidung und die Vergleichbarkeit mit anderen Fällen zu gewährleisten – die Zahl und die Höhe der Tagessätze getrennt ausgewiesen werden, § 40 Abs. 4 StGB.

aa) Tagessatzanzahl

Den ersten Schritt bei der Bemessung der Geldstrafe bildet mithin die Bestimmung der Anzahl der Tagessätze. Die Tagessatzanzahl wird – wie die Höhe einer Freiheitsstrafe – nach allgemeinen Strafzumessungsgesichtspunkten festgelegt, d.h. entsprechend § 46 Abs. 1 StGB kommt es maßgeblich auf die **Schuld** des Täters an. Bei der Umwertung der Schuldschwere in ein konkretes Strafmaß ist in der Praxis ein Vorgehen in Fünferschritten üblich (also Tagessatzanzahlen von 5, 10, 15 usw.). Im vorliegenden Fall kann die Bestimmung der Tagessatzanzahl an die Überlegungen zum Schuldrahmen anknüpfen (→ oben b.). Die erste Hehlerei der A stellt sich danach als ein Fall milderer Schwere dar, für den eine Sanktion im unteren Bereich des Strafrahmens festzusetzen ist. Bei einem Strafrahmen für die Geldstrafe von 5 bis 360 Tagessätzen erscheint zur Ahndung der Tat eine Tagessatzanzahl von 30 bis 45 Tagessätzen als tat- und schuldangemessen.¹⁶ Der

¹⁵ Allgemein hierzu LK-Häger, Vor §§ 40 bis 43 Rn. 9 ff.; MüKo-Radtke, § 40 Rn. 1 ff.; Streng, Strafrechtliche Sanktionen, 59 ff.; Meier, Strafrechtliche Sanktionen, 55 ff.

¹⁶ In der Praxis haben sich häufig innerhalb eines Gerichtsbezirkes bestimmte „Richtwerte“ etabliert; vgl. etwa die Hinweise zur Ahndung von Steuerstraftaten bei Schäfer/Sander/van Gemmeren, Praxis der Strafzumessung, Rn 1033. Diese „Richtwerte“ sollte jedoch nicht blind befolgt, sondern stets nach den dargelegten Grundsätzen überprüft werden, vgl. auch Fischer, § 40 Rn. 5 a.E.

Festsetzung einer noch darunter liegenden Anzahl an Tagessätzen steht der Wert der gehohlenen Handtasche entgegen. Obgleich es sich vorliegend um einen Fall leichter Kriminalität handelt, ist mit einem Marktpreis des Tatobjekts von etwa 450 € der Bereich der Geringwertigkeit deutlich überschritten. Eine noch unterhalb von 30 Tagessätzen liegende Geldstrafe sollte für Fälle der Bagatellkriminalität reserviert bleiben.

bb) Tagessatzhöhe

Die Bestimmung der Tagessatzhöhe stellt den zweiten Schritt bei der Bemessung der Geldstrafe dar. Gemäß § 40 Abs. 2 Satz 2 StGB erfolgt sie auf der Grundlage des sog. Nettoeinkommensprinzips,¹⁷ d.h. das **Nettoeinkommen** des Verurteilten bildet den Ausgangspunkt der Berechnungen. Unter dem Begriff des Nettoeinkommens sind diejenigen Einkünfte zu verstehen, die der Täter durchschnittlich an einem Tag hat oder haben könnte, abzüglich Steuern, Sozialabgaben und vergleichbare Positionen.¹⁸ Maßgeblich sind die tatsächlichen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters. Die Höhe eines Tagessatzes muss mindestens einen und darf höchstens 5.000 Euro betragen, § 40 Abs. 2 Satz 3 StGB.

Die Bemessungsgrundlagen für die Bestimmung der Tagessatzhöhe sind grundsätzlich von Amts wegen aufzuklären und im Wege des Strengbeweises (z.B. durch Zeugenvernehmung des Arbeitsgebers, Verlesung der Gehaltsbescheinigung o.ä.) in die Hauptverhandlung einzuführen.¹⁹ Sind die Bemessungsgrundlagen unbekannt, weil etwa der Angeklagte keine, unzureichende oder unglaubliche Angaben zu seinen wirtschaftlichen Verhältnissen gemacht hat,²⁰ ist die Verhängung einer Geldstrafe nicht ausgeschlossen. In diesen Fällen gibt § 40 Abs. 3 StGB dem Tatrichter die Möglichkeit, die Grundlage für die Bemessung der Tagessatzhöhe zu schätzen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass genauere Feststellungen einen übermäßigen Aufwand oder eine unverhältnismäßig große Schwierigkeit bedeuten würden.²¹ Die Schätzung muss auf einer konkreten Grundlage beruhen und darf keine Vermutung „ins Blaue hinein“ darstellen. Nimmt das Tatgericht eine Schätzung der Einkommenshöhe vor, so legt es der Geldstrafenbemessung dasjenige Einkommen zugrunde, von dem anzunehmen ist, dass es der Täter mit überwiegender Wahrscheinlichkeit erzielt haben wird.

Vorliegend verfügt die Angeklagte über ein monatliches Nettoeinkommen von etwa 1.000 €. Grundsätzlich sind Unterhaltsverpflichtungen zwar bei der Berechnung des Nettoeinkommens in Ansatz zu bringen (dazu genauer → unten Fall 3, II. 2. B. bb.). Da die Tochter der A jedoch bereits 19 Jahre alt ist und über eigenes

¹⁷ LK-Theune, § 40 Rn. 25; MüKo-Radtke, § 40 Rn. 4 f.; Lackner/Kühl, Vor § 40 Rn. 2 sowie § 40 Rn. 6 ff.

¹⁸ Strafrechtlicher, nicht steuerrechtlicher Begriff des Nettoeinkommens, vgl. Meier, Strafrechtliche Sanktionen, 61 f.

¹⁹ Vgl. MüKo-Radtke, § 40 Rn. 102.

²⁰ Ein solches Verhalten wäre von seiner Aussagefreiheit gedeckt, vgl. § 136 Abs. 1 Satz 2, § 243 Abs. 4 Satz 1 StPO.

²¹ Schäfer/Sander/van Gemmeren, Praxis der Strafzumessung, Rn. 101; MüKo-Radtke, § 40 Rn. 104.

Einkommen verfügt, dürfte A ihr gegenüber nicht mehr unterhaltspflichtig sein. Dies gilt umso mehr als sich A nicht mehr in der Ausbildung befindet. Da weitere Einkünfte nicht ersichtlich sind und auch keine Anhaltspunkte für weitere Abzüge bestehen, bilden die 1.000 € des Nettoeinkommens den Ausgangspunkt für die Bemessung der Tagessatzhöhe.

Die Bemessung der Tagessatzhöhe bestimmt sich nach der durchschnittlichen Einkommenshöhe aller und damit auch der arbeitsfreien Tage eines Einkommenszeitraums, d.h. eines Monat, der grundsätzlich mit 30 Tagen berechnet wird.²² Die Höhe eines Tagessatzes beträgt folglich 1/30 des verfügbaren monatlichen Nettoeinkommens. Das rechnerisch erzielte Ergebnis wird in der Praxis bei Bedarf auf die nächste glatte Tagessatzhöhe auf- oder abgerundet. Üblicherweise wird auch hinsichtlich der Höhe der einzelnen Tagessätze in 5er-Schritten vorgegangen und zugunsten des Täters abgerundet (z.B. 23 € auf 20 €). Angewendet auf den vorliegenden Fall ist damit eine Tagessatzhöhe von 30 Euro festzusetzen ($1.000 \text{ €} / 30 = 33 \text{ €}$, abgerundet 30 €).

e) Ergebnis

Tat- und schuldangemessen ist eine Geldstrafe im Bereich von 30 bis 45 Tagessätzen zu je 30 €. Im Rahmen einer abschließenden Gesamtschau aller für die Strafzumessung relevanten Gesichtspunkte²³ kommt für die erste Tat eine Einzelgeldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 30 €, insgesamt also 900 € in Betracht.

2. Strafmaß für die zweite Tat

Hinsichtlich des Strafmaßes für die Tat vom 15. September 2008 gilt das zur ersten Tat Gesagte überwiegend entsprechend. Auszugehen ist auch hier von einem Strafraumen, der auf der Grundlage von § 259 Abs. 1, § 38 Abs. 2, § 40 Abs. 1 Satz 2 StGB Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe von 5 bis zu 360 Tagessätzen beträgt.

Hinsichtlich des Schuldrahmens kann ebenfalls auf die Ausführungen zur ersten Tat verwiesen werden. Allerdings ist hier zu berücksichtigen, dass auf der einen Seite zwar der Wert des Tatobjekts mit 150 Euro geringer ist, dass die Angeklagte sich jedoch auf der anderen Seite nur zwei Wochen nach der ersten Tat und trotz der nach wie vor bestehenden Bedenken gegen die Herkunft der Desig-

²² Lackner/Kühl, § 40 Rn. 8.

²³ Dies ist ein Allgemeinplatz, wie er in richterlichen Strafzumessungsbegründungen (leider) nicht unüblich ist. Der Vergleich mit dem vorangegangenen Fall (→ Fall 1) zeigt, dass an dieser Stelle auf die nach der Spielraumtheorie an sich erforderliche Phase der Einordnung präventiver Überlegungen zur Sanktion verzichtet wird. Dabei wird das Strafmaß ohne weitere Ausführungen am unteren Rand des Schuldrahmens von 30 bis 45 Tagessätzen (→ oben d. aa.) angesiedelt, ersichtlich um dem Strafzweck der positiven Spezialprävention (Verhinderung unnötiger Entsozialisierung) Rechnung zu tragen.

ner-Gegenstände aus eigenem Antrieb zum Erwerb der Geldbörse entschlossen hat. Damit ist die zweite Tat – was den zur Tatbegehung aufgebotenen Willen anbelangt – nicht mehr ohne weiteres als bloße „Gelegenheitstat“ zu qualifizieren.

Fazit: Auch für die zweite Tat kommt als Einzelstrafe nur eine Geldstrafe in Betracht. Diese sollte trotz des geringeren Wertes der Geldbörse aufgrund der gegenüber der ersten Tat gesteigerten kriminellen Energie ebenfalls bei einer Anzahl von 30 bis 45 Tagessätzen liegen. Für die Berechnung der Tagessatzhöhe gelten keine Besonderheiten, so dass hier auf die Ausführungen zur ersten Tat verwiesen werden kann. Als tat- und schuldangemessen ist hier ebenfalls eine Einzelstrafe von 30 Tagessätzen zu je 30 € anzusehen.

3. Gesamtstrafenbildung

Nunmehr ist aus den Einzelstrafen eine Gesamtstrafe zu bilden. Auch die Bildung einer Gesamtstrafe erfolgt bei der Geldstrafe grundsätzlich nach Maßgabe des § 54 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 StGB. Der vorliegende Fall weist allerdings die Besonderheit auf, dass A am 26. November 2008 wegen einer Trunkenheitsfahrt zu einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen à 30 € verurteilt worden ist. Die hier abzuurteilenden Taten vom 2. und 15. September 2008 hatte A *vor* diesem früheren Urteil begangen, aber sie wurden im Urteil vom 26. November 2008 nicht berücksichtigt. Damit könnten vorliegend zusätzlich die Voraussetzungen für eine nachträgliche Gesamtstrafenbildung nach § 55 StGB gegeben sein.

a) Anwendungsvoraussetzungen des § 55 StGB

Sinn und Zweck der nachträglichen Gesamtstrafenbildung ist es, die durch eine – zumeist vom Zufall abhängige – getrennte Aburteilung verschiedener Straftaten eines Täters entstandenen Vor- und Nachteile auszugleichen. Denn der Täter soll nach ständiger Rechtsprechung durch diese Zufälligkeiten weder schlechter noch besser gestellt werden.²⁴ Taten, die bei gemeinsamer Aburteilung nach §§ 53, 54 StGB behandelt worden wären, sind deshalb auch bei getrennter Aburteilung durch Einbeziehung in das letzte Urteil noch nachträglich so zu behandeln, als hätten sie gemeinsam zur Aburteilung gestanden. Damit die bei der früheren Verurteilung verhängte Strafe nachträglich in das neue Urteil einbezogen werden kann, müssen allerdings bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein.

aa) Tat vor früherer Verurteilung

Gemäß § 55 Abs. 1 Satz 1 StGB muss die neu abzuurteilende Tat vor der früheren Verurteilung begangen worden sein. Denn nur dann hätte die frühere Verurteilung auch die jetzt abzuurteilende Tat mit den Folgen der Gesamtstrafenbildung erfassen können. Als maßgeblichen Zeitpunkt für die Frage, ob und wann früher eine

²⁴ BGHSt 32, 190 (193); 44, 179 (184); LK-Rising-van Saan, § 55 Rn. 1 f.; MüKo-v. Heintschel-Heinegg, § 55 Rn. 2.

Gesamtstrafenbildung möglich gewesen wäre, nennt § 55 Abs. 1 Satz 2 StGB den des Urteils, in dem die zugrunde liegenden Feststellungen letztmalig geprüft werden konnten. – Das Vorliegen dieser Voraussetzung konnte für den hier zu beurteilenden Fall bereits festgestellt werden; die beiden Hehlereitaten wurden am 2. und 15. September 2008 und damit zeitlich vor dem Urteil vom 26. November 2008 begangen.

bb) Rechtskraft der früheren Verurteilung

Das frühere Urteil, mit dessen Strafe die Gesamtstrafe gebildet werden soll, muss außerdem rechtskräftig geworden sein, § 55 Abs. 1 Satz 1 StGB. – Auch diese Voraussetzung kann hier bejaht werden. A hat bezüglich des Urteils vom 26. November 2008 den Verzicht auf Rechtsmittel erklärt. Dabei handelt es sich um eine Prozesshandlung nach § 302 Abs. 1 Satz 1 StPO, deren Wirkung sich auf alle Rechtsmittel, die gegen eine Entscheidung zulässig sind, erstreckt. Da eine richterliche Entscheidung dann in formelle Rechtskraft erwächst, wenn sie von den Verfahrensbeteiligten nicht oder nicht mehr mit einem ordentlichen Rechtsmittel angefochten werden kann,²⁵ ist die frühere Verurteilung mit dem Rechtsmittelverzicht der A und der Staatsanwaltschaft rechtskräftig geworden.

cc) Keine Erledigung der früheren Strafe

Schließlich darf die in der früheren Verurteilung erkannte Strafe zum Zeitpunkt der letzten tatrichterlichen Sachentscheidung wegen der neuen Tat²⁶ noch nicht vollständig vollstreckt, verjährt oder erlassen worden sein, § 55 Abs. 1 Satz 1 StGB. Eine Geldstrafe, wie sie auch hier in Rede steht, darf also noch nicht bezahlt oder durch Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe erledigt worden sein.²⁷ – Dieses Erfordernis ist vorliegend ebenfalls erfüllt. Die durch Urteil vom 26. November 2008 gegen A verhängte Geldstrafe ist bislang noch nicht bezahlt worden.

dd) Zwischenergebnis

Die im Urteil vom 26. November 2008 gegen A verhängte Geldstrafe ist gesamtstrafenfähig, d.h. sie muss in das neue Urteil einbezogen werden. Aus der Einzelstrafe des Urteils vom 26. November 2008 (Geldstrafe 50 Tagessätze à 30 €) sowie aus den beiden aktuell festgesetzten Einzelstrafen (jeweils 30 Tagessätze à 30 €) muss nach den Grundsätzen des § 54 StGB, der teils direkt, teils über § 55 Abs. 1 Satz 1 StGB anwendbar ist, eine Gesamtstrafe gebildet werden.

Da die Anwendungsvoraussetzungen des § 55 StGB vorliegen, ist die nachträgliche Gesamtstrafenbildung für das erkennende Gericht zwingend.²⁸ Von der Bil-

²⁵ *Meyer-Goßner*, Einl. Rn. 164.

²⁶ *S/S-Sternberg-Lieben*, § 55 Rn. 25; *Lackner/Kühl*, § 55 Rn. 3.

²⁷ *Fischer*, § 55 Rn. 6.

²⁸ Vgl. BGH (GS) 12, 1 (5 f.); OLG Köln StraFo 2006, 119.

dung einer nachträglichen Gesamtstrafe dürfte es nur dann absehen, wenn die Entscheidung weitere und unzumutbar aufwendige Ermittlungen notwendig machte.²⁹ Dies ist vorliegend nicht der Fall; dem Gericht stehen neben dem Urteil vom 26. November 2008 auch die Akte des zugrunde liegenden Verfahrens sowie alle notwendigen Informationen zur Verfügung.

b) Bildung der Gesamtstrafe, § 54 StGB

Aus den drei genannten Einzelstrafen ist – auch bei einer Gesamtgeldstrafe – zunächst nach den Grundsätzen des § 54 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 StGB der Strafraum für die Gesamtstrafe zu bilden. Auszugehen ist dabei auch hier wieder von der sog. Einsatzstrafe, der höchsten der verwirkten Einzelstrafen. Das ist hier die Geldstrafe von 50 Tagessätzen aus dem Urteil vom 26. November 2008. Die Einsatzstrafe ist dann entsprechend der Schwere von Unrecht und Schuld des Gesamtgeschehens und den sich hierin ausdrückenden Präventionserfordernissen zu verschärfen. Das Mindestmaß der Gesamtstrafe bildet die nach § 54 Abs. 1 Satz 2 StGB geringstmöglich erhöhte Einsatzstrafe, im Höchstmaß darf nach § 54 Abs. 2 Satz 1 StGB die Summe der Einzelstrafen nicht erreicht werden. Außerdem darf die in § 54 Abs. 2 Satz 2 StGB genannte absolute Höchstgrenze für eine Gesamtgeldstrafe (720 Tagessätzen) nicht überschritten werden. Im vorliegenden Fall reicht der Strafraum für die Gesamtgeldstrafe von mindestens 51 bis zu höchstens 109 Tagessätzen.

Gemäß § 54 Abs. 1 Satz 3 StGB ist bei der Gesamtstrafenbildung eine erneute zusammenfassende Gesamtwürdigung vorzunehmen. Wesentliche Abwägungskriterien sind dabei die Anzahl der Taten, der Grad ihrer Selbstständigkeit und die Gleichheit bzw. Verschiedenheit der Sachverhalte (→ oben Fall 1, II. 3.). Weitestgehend ist also auf Gesichtspunkte zurückzugreifen, die bereits bei der Zumessung der Einzelstrafen Berücksichtigung gefunden haben. Besteht zwischen den einzelnen Straftaten ein enger **zeitlicher, sachlicher und situativer Zusammenhang**, so ist es geboten, diesem Gesichtspunkt dadurch Rechnung zu tragen, dass die Erhöhung der Einsatzstrafe maßvoller ausfällt als ohne das Vorliegen eines solchen Zusammenhangs.³⁰ Diese Grundsätze gelten auch im Rahmen der hier vorzunehmenden nachträglichen Gesamtstrafenbildung bei Einbeziehung der (Einzel-) Strafe(n) aus einer früheren Verurteilung. Das aktuell erkennende Gericht ist nur an die Feststellungen des früheren Urteils zur Strafe selbst gebunden, in Bezug auf die eigentliche Bildung der neuen Gesamtstrafe jedoch frei.³¹

Dass die Taten vom 2. und 15. September 2008, also die neu abzuurteilenden Taten, in einem engen zeitlichen, sachlichen und situativen Zusammenhang stehen, ist offensichtlich. Sie liegen in einem Zeitraum von nur zwei Wochen, haben das gleiche Delikt zum Gegenstand und unterscheiden sich hinsichtlich ihres Ab-

²⁹ BGH NStZ 2005, 32; die Gesamtstrafe kann in diesem Fall im Beschlussweg gebildet werden, vgl. §§ 460, 462, 462a StPO.

³⁰ BGH StV 1993, 302; BGH StV 2003, 555 (556); Schäfer/Sander/van Gemmeren, Praxis der Strafzumessung, Rn. 662; Fischer, § 54 Rn. 7a.

³¹ Fischer, § 55 Rn. 16.

laufs nur geringfügig. Die Tat vom 10. August 2008 fällt demgegenüber aus diesem Zusammenhang heraus. Der zeitliche Abstand ist zwar ebenfalls nur gering, aber ein sachlicher oder situativer Zusammenhang lässt sich zwischen der Trunkenheitsfahrt und den beiden Hehlereitaten nicht herstellen.

Bei der Bildung einer (nachträglichen) Gesamtgeldstrafe ist die Versuchung groß, schlicht auf rechnerische Methoden zur Ermittlung der auszuwerfenden Gesamtstrafe zurückzugreifen. Zu denken ist da etwa an Erhöhung der Einsatzstrafe um die Hälfte der Summe der weiteren Einzelstrafen. Diese Art der Gesamtstrafenbildung kommt in der Praxis immer wieder vor, ist aber in jedem Fall unzulässig, weil die Strafzumessung einer Mathematisierung nicht zugänglich ist.³² Dennoch führen die Besonderheiten des vorliegenden Falls zu einem ähnlichen Ergebnis. Da die Hehlereitaten mit der Trunkenheitsfahrt in keinem engen Zusammenhang stehen, ist es sachgerecht, die Einsatzstrafe nicht nur geringfügig, sondern deutlich zu erhöhen. Insgesamt erscheint daher eine Gesamtgeldstrafe von 80 Tagessätzen angemessen.

c) Ergebnis

Seitens des Gerichts sollte eine Gesamtgeldstrafe von 80 Tagessätzen zu je 30 €, mithin ein Gesamtbetrag von 2.400 € verhängt werden.

d) Aufrechterhaltung früher verhängter Nebenstrafen, Nebenfolgen oder Maßnahmen

Es bleibt zu prüfen, wie bei der nachträglichen Gesamtstrafenbildung mit der vom Amtsgericht am 26. November 2008 angeordneten Maßregel nach §§ 69, 69a StGB zu verfahren ist. – Sind in der früheren Entscheidung, deren Rechtsfolgen in die Gesamtstrafe einzubeziehen sind, Nebenstrafen, Nebenfolgen oder Maßnahmen i.S. des § 11 Abs. 1 Nr. 8 StGB verhängt worden (zu denen auch die Maßregeln der Besserung und Sicherung gehören), so bleiben diese auch bei der nachträglichen Gesamtstrafenbildung grundsätzlich bestehen und werden aufrechterhalten, vgl. § 55 Abs. 2 Satz 1 StGB. Die **Aufrechterhaltung** muss in der Urteilsformel des neuen Urteils zum Ausdruck gebracht werden.³³ Der Aufrechterhaltung bedarf es lediglich dann nicht, wenn die Nebenstrafe, Nebenfolge oder Maßnahme durch die neue Entscheidung gegenstandslos wird oder bis zum Erlass des neuen Urteils auf andere Weise ihre Erledigung gefunden hat.³⁴ Diese Einschränkung ist vor allem im Zusammenhang mit der Maßregel nach §§ 69, 69a StGB von Bedeutung.

Das Amtsgericht hat im Urteil vom 26. November 2008 drei Rechtsfolgen festgesetzt: Die Entziehung der Fahrerlaubnis nach § 69 Abs. 1 Satz 1 StGB, die Entziehung des Führerscheins nach § 69 Abs. 3 Satz 2 StGB und die Anordnung einer Sperre für die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis nach § 69a Abs. 1 Satz 1 StGB.

³² BGH StV 2001, 346.

³³ BGH NJW 1979, 2113 (2114); Fischer, § 55 Rn. 29.

³⁴ LK-Rissing-van Saan, § 55 Rn. 54 ff., 60.

Von diesen drei Rechtsfolgen haben sich die beiden ersten inzwischen erledigt, da sie mit dem Eintritt der Rechtskraft des früheren Urteils wirksam geworden sind. Die Entziehung der Fahrerlaubnis und die Einziehung des Führerscheins brauchen deshalb bei der nachträglichen Gesamtstrafenbildung nicht weiter aufrechterhalten zu werden.³⁵

Anders ist dies hingegen mit der dritten Maßnahme, der **Sperre für die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis** von 6 Monaten. Diese Maßnahme hat sich noch nicht erledigt, da die Sperrfrist zum Zeitpunkt der Gesamtstrafenbildung noch läuft. Die angeordnete Sperrfrist muss daher gem. § 55 Abs. 2 Satz 1 StGB im neuen Urteil aufrechterhalten werden. Dabei beginnt der Lauf der Sperrfrist nicht von Neuem, sondern weiterhin mit der Rechtskraft der früheren Entscheidung; die damit verbundene Anrechnung des seit dem 26. November 2008 verstrichenen Zeitraums widerspricht zwar dem Wesen des Maßregelrechts,³⁶ wird aber von der h.M. wegen des Zwecks der nachträglichen Gesamtstrafenbildung hingenommen.³⁷

4. Zahlungserleichterungen, § 42 StGB

Wenn A zu einer Geldstrafe verurteilt wird, begründet das Urteil eine öffentlich-rechtliche Pflicht zur Zahlung des festgesetzten Geldbetrags (2.400 €). Der Betrag wird mit dem Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung fällig und kann von der Justizkasse grundsätzlich sofort eingefordert werden.³⁸ Eine Gesamtgeldstrafe in der vorgeschlagenen Höhe dürfte von A bei einem Monatseinkommen von etwa 1.000 € netto jedoch nicht ohne weiteres zu zahlen sein. Daher ist vom Gericht auch über die Bewilligung von Zahlungserleichterungen zu entscheiden.

§ 42 Satz 1 StGB schreibt die Bewilligung von Zahlungserleichterungen zwingend vor, wenn eine sofortige Zahlung dem Verurteilten nicht zumutbar ist. Die Unzumutbarkeit kann sich dabei aus den persönlichen und/oder wirtschaftlichen Verhältnissen des Verurteilten ergeben. Wenn das Geldstrafenendprodukt den Betrag übersteigt, den der Täter aus seinem laufenden monatlichen Einkommen oder aus etwaigen Rücklagen zu entrichten vermag, sind Zahlungserleichterungen grundsätzlich zu bewilligen.³⁹ Das Gericht kann in diesem Fall entweder eine Zahlungsfrist oder eine **Ratenzahlungserlaubnis** anordnen, wobei in der Mehrzahl der Fälle besonders die Anordnung einer Ratenzahlung sachgerecht ist. Die Erfahrungen in der Praxis zeigen, dass langfristige Ratenzahlungsverpflichtungen häufig nicht eingehalten werden und daher zu erheblichem Vollstreckungsaufwand führen. Kürzere Laufzeiten mit höheren Raten sind allerdings häufig ebenfalls nicht sachgerecht, wenn dem Verurteilten hierdurch keine ausreichenden

³⁵ BGH NStZ-RR 2004, 247 (248).

³⁶ Für die Beurteilung der Gefährlichkeit bzw. Ungeeignetheit kommt es danach grundsätzlich immer auf den Zeitpunkt der letzten tatrichterlichen Hauptverhandlung an; vgl. BGHSt 7, 165 (175).

³⁷ BGHSt 24, 205 (207); LK-Rissing-van Saan, § 55 Rn. 56.

³⁸ Meier, Strafrechtliche Sanktionen, 70.

³⁹ LK-Häger, § 42 Rn. 2; Fischer, § 42 Rn. 4.

Mittel zum Lebensunterhalt verbleiben und er in Bedrängnis gerät. Eine gesetzliche Höchstgrenze für den Ratenzahlungszeitraum besteht nicht.

Auch wenn A finanziell nur für sich selbst Sorge zu tragen hat, ist davon auszugehen, dass es ihr bei einem Netto-Monatseinkommen von etwa 1.000 € nicht möglich ist, die Gesamtgeldstrafe in Höhe von 2.400 € sofort zu bezahlen. Über Rücklagen ist nichts bekannt; die Aufnahme eines Bankdarlehens zur Begleichung der Geldstrafenschuld ist ihr nicht zuzumuten.⁴⁰ Da eine Änderung der finanziellen Verhältnisse der A nicht absehbar ist, kommt als Zahlungserleichterung nicht die Stundung der Geldstrafe, sondern lediglich die Bewilligung von Ratenzahlungen in Betracht. Die konkrete Ausgestaltung steht im Ermessen des Gerichts. Dabei dürfen die Raten jedoch nicht so gering bemessen und der Tilgungszeitraum so weit ausgedehnt werden, dass die Zahlungserleichterung das Wesen der Geldstrafe als ein fühlbares Strafübel beeinträchtigt.⁴¹ Bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 1.000 € kann davon ausgegangen werden, dass A monatlich einen Betrag von 200 € erübrigen kann, um die Geldstrafenschuld abzuführen.⁴² Ein sich hieraus errechnender Ratenzahlungszeitraum von 12 Monaten ist auch noch ausreichend überschaubar und verlagert die Bezahlung der Geldstrafe nicht zu weit in die Zukunft; die Straf Wirkung der Geldstrafe wird hierdurch nicht unzulässig verwässert. A sollte deshalb bewilligt werden, die Geldstrafe in 12 monatlichen Raten à 200 € zu zahlen.

Für den Fall, dass A in Zahlungsrückstand gerät, sollte von der Möglichkeit des § 42 Satz 2 StGB Gebrauch gemacht, also eine sog. Verfallsklausel ausgesprochen werden. Diese bewirkt die Fälligkeit der gesamten Reststrafe, falls der Verurteilte in Zahlungsrückstand gerät. Wird eine solche Klausel ausgesprochen, so erleichtert sie der Justiz das weitere Verfahren.⁴³ Das Eingreifen der Verfallsklausel steht einer erneuten Bewilligung von Zahlungserleichterungen im Vollstreckungsverfahren nicht entgegen, § 459a Abs. 3 Satz 2 StPO.

Die Entscheidung über Zahlungserleichterungen ergeht im Urteil. Die bewilligten Zahlungserleichterungen sind dabei in der Urteilsformel anzugeben; insbesondere müssen hier auch die Fälligkeitstermine und die Höhe der jeweiligen Rate genannt werden.

5. Konsequenz: Ersatzfreiheitsstrafe, § 43 StGB

Wenn der Verurteilte die Geldstrafe nicht bezahlt und sie bei ihm auch nicht beigetrieben werden kann, tritt an die Stelle einer dergestalt uneinbringlichen Geldstrafe die Ersatzfreiheitsstrafe, § 43 Satz 1 StGB. Dabei wird ein Tagessatz in einen Tag Freiheitsstrafe umgerechnet, § 43 Satz 2 StGB. Wenn die gegen A ver-

⁴⁰ MüKo-Radtke, § 42 Rn. 12. – Überdies müsste in diesem Fall die Zinsbelastung gegenüber der Bank schon bei der Strafzumessung berücksichtigt werden, § 46 Abs. 1 Satz 2 StGB.

⁴¹ MüKo-Radtke, § 42 Rn. 20; LK-Häger, § 42 Rn. 13.

⁴² Die Pfändungsfreigrenzen des § 850c ZPO finden keine Anwendung.

⁴³ Vgl. Fischer, § 42 Rn. 11.

hänge Geldstrafe insgesamt uneinbringlich ist, muss A also eine Ersatzfreiheitsstrafe von 80 Tagen Dauer verbüßen.

Die Ersatzfreiheitsstrafe ist eine echte Ersatzstrafe und anders als etwa die Erziehungshaft nach § 890 ZPO nicht nur ein Zwangsmittel, um die Bezahlung der Geldstrafe doch noch durchzusetzen. Sie trifft auch den unverschuldet Zahlungsunfähigen.⁴⁴ Die Uneinbringlichkeit einer Geldstrafe ist außerdem nicht ins Belieben des Verurteilten gestellt, d.h. er kann nicht wählen, ob er freiwillig zahlen oder die Ersatzstrafe verbüßen will. Zahlt er nicht, so ist grundsätzlich⁴⁵ zunächst die Vollstreckung der Geldstrafe ernsthaft und ggf. wiederholt zu versuchen. Erst wenn von Uneinbringlichkeit auszugehen ist, ordnet die Vollstreckungsbehörde die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe an, § 459e StPO. Das gleiche gilt, wenn die Geldstrafe trotz der Bewilligung von Zahlungsleichterungen nicht beglichen wird.

Art. 293 EGStGB eröffnet zu dieser Vorgehensweise eine Alternative: Die Abwendung der Ersatzfreiheitsstrafe durch freie Arbeit, d.h. durch Arbeit außerhalb des geschlossenen Vollzuges. Nach den landesrechtlichen Vorschriften, zu denen Art. 293 Abs. 1 Satz 1 EGStGB ermächtigt, wird dem Geldstrafenschuldner in der Regel die Möglichkeit eingeräumt, mit sechs Stunden gemeinnütziger Arbeit einen Tag Ersatzfreiheitsstrafe zu tilgen.⁴⁶ Soweit der Geldstrafenschuldner die freie Arbeit, die häufig in sozialen Einrichtungen abgeleistet wird und unentgeltlich erfolgen muss (vgl. Art. 293 Abs. 1 Satz 3 EGStGB), abgeleistet hat, ist die Ersatzfreiheitsstrafe erledigt, Art. 293 Abs. 1 Satz 2 EGStGB.

III. Tenorierungsvorschlag

Dem Gericht wird folgender Urteilstenor vorgeschlagen:

„Die Angeklagte wird wegen Hehlerei in zwei Fällen, unter Einbeziehung der durch Urteil des Amtsgerichts K. vom 26. November 2008 [Aktenzeichen: ...] verhängten Strafe und unter Aufrechterhaltung der dort angeordneten Sperrfrist von 6 Monaten, zu einer Gesamtgeldstrafe von 80 Tagessätzen zu je 30 Euro verurteilt.

Die Geldstrafe ist in 12 monatlichen Raten in Höhe von 200 Euro, jeweils zum 15. eines jeden Monats und beginnend ab dem 15. des auf die Rechtskraft dieser Entscheidung folgenden Monats, an das Konto [...] der Gerichtskasse K zu zahlen. Erfolgt eine Zahlung nicht rechtzeitig, ist die gesamte Reststrafe sofort fällig.

Die Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens.“

⁴⁴ BGHSt 27, 90 (93); OLG Düsseldorf GA 1984, 514.

⁴⁵ Eine Ausnahme gilt, wenn die Erfolglosigkeit der Vollstreckung absehbar ist, § 459c Abs. 2 StPO.

⁴⁶ Nachw. bei LK-Häuger, § 43 Rn. 12.

Fallsammlung zum Sanktionenrecht

Meier, B.-D.; Noetzel, S.

2009, X, 221 S., Softcover

ISBN: 978-3-540-89073-7